

D&P NEWSLETTER - TÜRKEI

Nr. 8: April 2007

D&P News: Auf einen Blick

- Aktuelle Wirtschaftsdaten
- Gesetzesänderungen: Gesetz über die Privatschulen; Abgabepflicht in Freizonen; Energie-Effizienz-Gesetz; Erbrechtsänderung; Aktualisierung Europäisches Patentrecht; System der Wohnungsfinanzierung
- geplante Rechtsänderungen: Einkommensteuergesetz; Ölgesetz; Atomgesetz; UN-Kaufrecht
- Rechtsprechung: Haftung des Geschäftsführers; Formalien bei der Vollstreckbarerklärung; gläubigerschädigende Vermögensverschiebung; Strombezug in der Organisierten Industriezone.

D&P News: Aktuelle Daten aus der türkischen Wirtschaft

Unternehmen mit deutscher Kapitalbeteiligung (01/2007)	2666
Arbeitslosenquote (02/2007)	11,8 %
Export (02/2007)	7,614 Mrd. USD (+25,7 %)
Import (02/2007)	11,331 Mrd. USD (+15,7 %)
Bruttoinlandsprodukt (2.Quartal 2006):	132,9 Mrd. YTL (+8,5 %)

Quelle: [DTM](#), [HAZINE](#)

D&P News: Gesetzes- bzw. Rechtsänderungen

Mit Gesetz Nr. 5580, das mit der Bekanntmachung am 14.2.2007 in Kraft getreten ist, werden die Privatschulen auf eine neue gesetzliche Grundlage gestellt. Die Lehrpläne folgen grundsätzlich denjenigen der staatlichen Schulen, können aber besonderen Erfordernissen

Diem & Partner Rechtsanwälte GbR
Hölderlinplatz 5 - D-70193 Stuttgart
Tel: +49 (0) 711 / 2 28 54 50
Fax: +49 (0) 711 / 2 26 55 70
eMail: ra@diempartner.de
www.diempartner.com

D&P Consulting Danışmanlık Ltd. Şti.
Koşuyolu Cad. Halili Sok. No:12
TR-34718 Kadıköy - İstanbul
Tel. +90 (0) 216 545 25 97
Fax +90 (0) 216 545 25 98
eMail: info@d-p-consult.com
www.d-p-consult.com

angepasst werden. Das Gesetz regelt auch die Einstellung von Lehrern und sonstigem Personal mit türkischer oder ausländischer Staatsangehörigkeit; wie bisher muss zumindest der stellvertretende Direktor neben verschiedenen bestimmten Qualifikationen die türkische Staatsangehörigkeit besitzen. Die Gründung ist genehmigungspflichtig. Die "Minderheitenschulen" der aufgrund des Lausanner Vertrages anerkannten Minderheiten (Byzantiner [Rum], Armenier und Juden) folgen weiterhin besonderen Regeln.

Quelle: [TBMM](#)

Mit Gesetz Nr. 5623, das am 17.4.2007 in Kraft getreten ist, versucht der Gesetzgeber Ungleichheiten bei der Behandlung produzierender und nicht produzierender Unternehmen in Freizonen zu beseitigen. Vor kurzem war die Steuerbefreiung nicht-produzierender Unternehmen aufgehoben worden, gleichzeitig blieb es bei der Abgabepflicht für aus dem Ausland in die Zonen eingeführte Waren, wie sie auch produzierende Unternehmen trifft. Die Abgabepflicht entfällt jetzt für nicht-produzierende Unternehmen. Damit hofft man, die für nicht-produzierende Unternehmen entstandenen Nachteile zu relativieren.

Quelle: [TBMM](#)

Nachdem die Türkei im Jahre 2000 das Europäische Patentübereinkommen ratifiziert hatte, hat sie mit Gesetz Nr. 5598 auch die auf der Diplomatenkonferenz am 29.11.2000 vorgenommene Aktualisierung übernommen. Das Patentübereinkommen sieht unter anderem die Zentralisierung der Anmelde- und Erteilungsverfahren in den Mitgliedstaaten zu diesem Abkommen vor und stellt die Geltung europäischer Patente in der Türkei vor. Bislang sind rund 3500 europäischer Patente über das Abkommen in die Türkei gelangt.

Quelle: [TBMM](#)

Mit Gesetz Nr. 5582, das am 6.2.2007 im Amtsblatt bekannt gemacht wurde, hat der Gesetzgeber in verschiedenen Gesetzen Änderungen angebracht, die das System der Wohnungsfinanzierung über hypothekarische Absicherungen betreffen. Es ist Teil eines umfangreichen Pakets zur Umstrukturierung des Sozialen Wohnungsbaus, der inzwischen von einer eigenen Behörde (Toplu Konut İdaresi - TOKİ) betreut wird. Die Änderungen sollen die Finanzierung durch den Verbraucher erleichtern.

Quelle: [TBMM](#)

Das unter der Nr. 5627 verabschiedete Energie-Effizienz-Gesetz ist am 2.5.2007 durch Bekanntmachung im Amtsblatt in Kraft getreten. Es soll den geballten Bedürfnissen für eine saubere Umwelt, kostengünstige Energie, Schonung der Ressourcen und steigendem Bedarf Rechnung tragen. Dafür sollen Fördermittel insbesondere für alternative Energieformen (erneuerbare Energien) bereit gestellt werden. Eine eigene Generaldirektion zur Ermittlung

von Ressourcen zur Generierung von Elektrizität und eine Energie-Effizienz-Kommission sollen die Bemühungen um die Erreichung des gesetzgeberischen Ziels koordinieren und umsetzen.

Quellen: [TBMM](#), [EIE](#)

Am 10.5.2007 trat mit Bekanntmachung im Amtsblatt eine wichtige Änderung des Erbrechts in Kraft (Gesetz Nr. 5650 zur Änderung des Zivilgesetzbuches). Geschwister sind seit dieser Änderung nicht mehr pflichtteilsberechtigt. Bis dahin hatten sie immerhin noch einen Pflichtteilsanspruch zu 1/8, sofern der Erblasser nicht über eigene Nachkommen verfügte und seine Eltern nicht mehr am Leben waren.

D&P News: Geplante Rechtsänderungen

Mit Gesetz Nr. 5588 hat der Gesetzgeber im März zu einer Reform von Einkommensteuer und Mehrwertsteuer angesetzt. Dabei sollen Steuervergünstigungen für abhängig Beschäftigte durch ein System der Absetzbarkeit von Mindestlebenshaltungskosten ersetzt werden. Spekulationsgewinne sollen stärker besteuert werden und die Besteuerung von Transferleistungen innerhalb von Konzernen optimiert werden. Auch die Reduktion der Stempelsteuer in bestimmten Fällen und eine Verbesserung der Regelungen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung sind vorgesehen. Das Gesetz wurde vom Präsidenten der Republik mit einem Veto belegt und zur erneuten Verhandlung an das Parlament zurückverwiesen (vgl. auch unseren Newsletter Nr. 7).

Quelle: [TBMM](#)

Dem Parlament wurde ein Gesetzentwurf vorgelegt, der die Verbesserung der "Türkischen Akkreditierungsbehörde" vorsieht. Diese Behörde hat im europäischen Kontext die Aufgabe, sich an der europaweiten Vereinheitlichung von Standards zu beteiligen und damit auch für die Erleichterung des Verkehrs von Waren und Dienstleistungen in Europa beizutragen. Kritisiert worden war die Behörde in ihrer bisherigen Form wegen fehlender Autonomie.

Quelle: [TBMM](#)

Das am 17.1.2007 verabschiedete Öl-Gesetz Nr. 5574 harrt nach dem Veto des Präsidenten der Republik noch immer seiner erneuten Verabschiedung. Es soll die Suche und Ausbeutung von Öl-Ressourcen fördern und vereinfachen.

Quelle: [TBMM](#)

Dem Parlament liegt derzeit ein Gesetzentwurf für ein neues Atomgesetz vor. Kern der Begründung ist der erhöhte Energiebedarf und gleichzeitig das Bedürfnis, zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes beizutragen.

Quelle: [TBMM](#)

Und schließlich ist noch interessant, dass die Türkei sich offenbar anschickt, dem UN-Kaufrecht (CISG) beizutreten ...

Quelle: [TBMM](#)

D&P News Rechtsprechung

Mit Urteil v. 19.2.2007 hat der 2. Zivilsenat des Kassationshofs festgestellt, dass die Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils nur erfolgen kann, wenn dem Antrag ordnungsgemäße beglaubigte Übersetzungen der ordnungsgemäß ausgefertigten Urteile beigelegt sind. Die Beifügung von Fotokopien als Anlage reicht nicht aus (RG Nr. 26479 v. 31.3.2007).

Erneut hat der 15. Zivilsenat des Kassationshofs, der für Handelssachen zuständig ist, festgestellt, dass Handlungen des Geschäftsführers der GmbH der Gesellschaft zuzurechnen sind. Dies gilt auch für unerlaubte Handlungen, die im Zuge der Dienstaussübung begangen wurden. Eine Haftungsbefreiung bei unerlaubten Handlungen dürfte damit jedoch nicht verbunden sein.

Am 27.02.2007 hat der 15. Zivilsenat des Kassationshofs seiner Rechtsprechung zu den häufigen Versuchen, Vermögenswerte zu Lasten von Gläubigern zur Seite zu schaffen, einen weiteren Baustein hinzugefügt. Rechtsgeschäfte, die in Kenntnis öffentlicher Forderungen auf die Veräußerung wesentlicher Bestandteile des Betriebsvermögens an Dritte gerichtet sind, sind unwirksam.

In einem Urteil v. 3.5.2006 hat der 4. Zivilsenat des Kassationshofs die Anwendbarkeit des Strommarktgesetzes in Organisierten Industriezonen begrenzt. Unternehmen, die sich in Organisierten Industriezonen angesiedelt haben, seien dem Regime dieser Zonen unterworfen und verpflichtet, ihre Energie über die Zonenverwaltung zu beziehen. Damit entfallen die Vergünstigungen, die sich aus dem Strommarktgesetz ergeben.

Ihre Ansprechpartner:

Prof. Dr. Christian Rumpf (Stuttgart), Dr. Gökçe Uzar (Stuttgart)
Dr. Frauke Bemberg (Stuttgart/Istanbul), Av. Dr. Harun Kılıç (Istanbul)

Weitere Informationen auf unseren Webseiten oder unter www.tuerkeirecht.de